



Nach wie vor: Ein Bombengeschäft

— Aktuelle Ergebnisse der „Don't bank on the bomb“-Studie im Bezug auf die Banken Deutschlands —

CAN, die internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen, deckt zusammen mit der Friedensorganisation PAX in der Studie „Don't bank on the bomb“ Investitionen in Atomwaffen auf. Ziel ist es, Fakten darüber zu veröffentlichen, wer und in welchem Maße in das tödliche Geschäft der Atomwaffen involviert ist. Seit 2014 erhob im Auftrag der beiden NGOs das unabhängige Forschungsinstitut Profundo Daten unter Zuhilfenahme einschlägiger Datenbanken (z. B. Thomson Reuters) und verschiedener öffentlich zugänglicher Quellen, etwa Berichte von Finanzinstituten, Medienmeldungen oder NGO-Informationen, und wertete diese aus. Die aktuelle Studie bezieht sich auf die Zeit seit Januar 2014 und untersucht die Investitionen in 20 Atomwaffenhersteller, die Atomwaffen, Atomsprengköpfe und Atomraketen herstellen und entwickeln und beleuchtet, von welchen Finanzinstitutionen sie Gelder beziehen. Die Firmen sind an der weltweiten Modernisierung nuklearer Arsenale beteiligt, womit sie Fortschritte der Abrüstung verhindern und mitverantwortlich sind, die Gefahr des Atomkrieges aufrechtzuerhalten. Die Weiterverbreitung von Atomwaffen wird befeuert. Jedes der Unternehmen hat direkte und eindeutige Verbindungen zur Herstellung von Atomwaffen. Die bloße Beteiligung an Trägersystemen wie z. B. Bombern, die die Atomwaffen abwerfen können, reicht nicht aus. Es geht um die Atomwaffen selbst. Damit eine Bank durch Aktien und Anlagen in der Studie auftaucht, muss sie mindestens einen 0,5 Prozent Anteil am jeweiligen Unternehmen haben. Die Fakten können als Werkzeug von Individuen, Konzernen und Institutionen genutzt werden, um zur Abschaffung von Atomwaffen beizutragen: Sie können in einen Dialog mit den eigenen Finanzinstitutionen treten, eine Desinvestition fordern oder beispielsweise die Entscheidung zum Bankwechsel ankündigen.

Seit 2014 haben 329 Investoren 20 Atomwaffen-Firmen Finanzmittel in Höhe von mindestens 525 Milliarden US-Dollar zur Verfügung gestellt. Atomwaffen sind ein Bombengeschäft. Gleichzeitig haben seit Annahme des UN-Vertrags zum Verbot von Atomwaffen bereits 30 Unternehmen ihre Investitionen in diese Waffen beendet, unter anderem z. B. zwei der größten Investoren der Welt: der norwegische Regierungsfonds und der niederländische Rentenfonds ABP.

Seit Januar 2014 haben zehn deutsche Finanzdienstleister den Atomwaffen-Produzenten insgesamt rund 10,37 Milliarden US-Dollar (8,41 Milliarden Euro) zur Verfügung gestellt. Der größte Investor aus Deutschland und auch der größte Investor weltweit war die Deutsche Bank. Zwischen 2014 und 2017 unterhielt sie Geschäftsbeziehungen zu 13 der 20 Atomwaffenfirmen, die wir in unserer Studie erfasst haben. Im Vergleich zur vorangegangenen Studie sind die Investitionen der Deutschen Bank von 5,15 Milliarden auf 6,62 Milliarden US-Dollar gestiegen.

Eines der Unternehmen, dem die Deutsche Bank zwischen 2013 und 2017 Kredite in Höhe von rund 1,4 Milliarden US-Dollar zur Verfügung gestellt hat, ist die Firma Honeywell International. Honeywell ist Miteigentümer von Savannah River Nuclear Solutions. Savannah River ist eine Einrichtung im amerikanischen Bundesstaat Georgia, in der Tritium, das radioaktive Isotop des Wasserstoffs hergestellt wird. Dieses Material wird zur Herstellung von Wasserstoffbomben benötigt. Die Atombombe von Hiroshima, verglichen mit heutigen Atomwaffen eine sehr kleine Bombe mit einer relativ geringen Sprengkraft von 15 Kilotonnen, reichte aus, um eine ganze Stadt dem Erdboden gleichzumachen, Hunderttausende Menschen zu töten und viele ihr Leben lang krank zu

„Geld zu sparen, zu investieren und eine Rendite zu erwarten, heißt, an einer Zukunft interessiert zu sein. Eine Investition in Atomwaffen drückt kein Interesse an der Zukunft aus, sondern ist eine Investition in vermeidbares humanitäres Leid.“

machen. Die Arsenale der meisten Atommächte bestehen heute aus Atombomben mit einer sehr viel größeren Sprengkraft von mehreren hundert Kilotonnen Wasserstoffbomben. Bisher hat noch nie eine solche Bombe eine Stadt getroffen. Die Auswirkungen würden die Katastrophe von Hiroshima in den Schatten stellen. Die Daten, die wir über die humanitären Auswirkungen von Wasserstoffbomben haben, stammen von den Atomtests im Pazifik. Die radioaktiven Wolken zogen Hunderte Kilometer weit. Die Menschen, die auf den Atollen lebten, werden nie in ihre Heimat zurückkehren können. Ihre Inseln sind für die nächsten 24.000 Jahre unbewohnbar. Für Wasserstoffbomben braucht man Tritium, und für Tritium brauchen die USA Honeywell.

Ins Auge fiel aber auch die Finanzspritze der DZ Bank, die ihr Investment in Atomwaffenhersteller von 66 auf 470 Millionen US-Dollar massiv erhöht hat. Die DZ Bank ist das Zentralinstitut von rund 1.000 Genossenschaftsbanken in Deutschland, dazu gehören etwa Volks-, Raiffeisen- und Spardabanken. Die Volks- und Raiffeisenbanken verkaufen das tödliche Investment sogar über den Fonds „UniGlobal“ an Privatanleger. Es handelt sich um den „Vorzeige-Fonds der Volksbanken“ (FAZ) und er richtet sich vor allem an Privatpersonen, zum Beispiel für die Riester-Rente. Die DZ Bank unterstützt die US-amerikanische Rüstungsfirma Northrop Grumman mit mehr als 400 Millionen US Dollar. Dieses Unternehmen produziert Atomraketen für das US-Arsenal und ist auch am britischen Atomwaffenprogramm beteiligt. Die Firmen Airbus, Safran und Thales haben von der deutschen Bank (rund 1,5 Milliarden US-Dollar) und ebenfalls der Commerzbank (440 Millionen US Dollar) Finanzmittel erhalten. Airbus, Safran und Thales produzieren gemeinsam die neueste französische Atomrakete, die M-51-2. Eine solche Rakete trägt acht nukleare Sprengköpfe. Sie wird ausschließlich mit nuklearen Sprengköpfen bestückt und ist somit kein Dual-Use-Produkt. Frankreich will 48 dieser Raketen bauen. Selbst bei einer sehr konservativen Schätzung genug, um 40 Millionen Menschen zu töten.

Die französische Nukleardoktrin sieht zudem den Ersteinsatz von Nuklearwaffen vor. Ein sogenannter „Warnschuss“ mit Atomwaffen soll Entschlossenheit demonstrieren, nach dem Motto „eskalieren, um zu deeskalieren“. Eine irrsinnige Politik, die unsere Zukunft aufs Spiel setzt. Nach Veröffentlichung unserer Studie kontaktierten uns Mitarbeiter der Deutschen Bank und baten um ein Treffen. Das zeigt, dass sich mit Evidenz zivilgesellschaftlicher Druck aufbauen lässt, insbesondere dann, wenn die Fakten in der Presse Resonanz bekommen, wie es dieses Jahr wahrscheinlich auch dank des Friedensnobelpreises für ICAN der Fall war. Wir konnten die Geschäfte mit Atombomben einer größeren Öffentlichkeit bekannt machen. Eine Motivation für „Divestment“ der Banken ist unter anderem auch die Vermeidung der schlechten Schlagzeilen, was auch ein Zitat der Website der deutschen Bank zeigt: „Die Deutsche Bank hat klare Richtlinien, die ein verantwortungsvolles geschäftliches Handeln sicherstel-

len und die Bank vor Reputationsrisiken schützen“. Mitte April fand ein Treffen zwischen ICAN Vorstandsmitgliedern und den aus London angereisten „Managing Direktor“ und „Vice President“ des „Non Financial Risk Management“ und der „Media Spokesperson“ der Deutschen Bank aus Frankfurt statt. Ende Mai veröffentlichte die deutsche Bank auf ihrer Website eine neue Richtlinie zu kontroversen Waffen, einen Tag vor der Aktionär*innenhauptversammlung. Demnach will die Deutsche Bank mit Unternehmen, die direkte Verbindungen zu Streumunition, Anti-Personenminen, Chemiewaffen, biologischen Waffen und Atomwaffen haben, „weder eine neue Geschäftsbeziehung eingehen noch bestehende Geschäftsbeziehungen fortführen“. Das könnte helfen, das Risiko eines Atomwaffeneinsatzes zu senken. Es ist ein Schritt in die richtige Richtung und zeigt, dass Veränderungen möglich sind und wie wichtig öffentlicher Druck dafür ist.

Erst die praktische Umsetzung wird aber zeigen, ob die Richtlinie wirklich etwas verändert. Die Frage stellt sich vor allem auch, weil die Richtlinie an einigen Stellen bedauerlicherweise noch sehr vage ist. Zudem sieht sie leider Ausnahmen vor, was die folgende Formulierung in der Richtlinie zeigt: „Unter besonderen Umständen darf die Transaktion fortgeführt werden, wenn die betreffende Transaktion selbst nicht direkt mit einem kritischen Waffengeschäft in Verbindung steht.“ Bisher unbeantwortet bleibt auch, ob die Ausnahmen auch für Kredite an das Unternehmen als Ganzes möglich sind oder nur für einzelne Transaktionen, die speziell im Zusammenhang mit anderen Geschäftsbereichen des Unternehmens stehen. Ausnahmen für Kredite an das Gesamtunternehmen würden bedeuten, dass sich an der Geschäftspraktik der deutschen Bank nichts Wesentliches verändert. Eine schriftliche Zusicherung eines Unternehmens, einen Kredit nicht für die Herstellung von Atomwaffen zu verwenden, nützt nichts. Es wird für die Firma ja trotzdem Liquidität frei, die dann auch für Atomwaffen verwendet wird. Der einzige Weg, die Unterstützung der Produktion von Atomwaffen auszuschließen ist es, das ganze Unternehmen auszuschließen. Konkret bräuchte es eine Liste mit Firmen, die ausgeschlossen werden, wie es zum Beispiel auch der norwegische Pensionsfonds handhabt. Geld zu sparen, zu investieren und eine Rendite zu erwarten, heißt, an einer Zukunft interessiert zu sein. Eine Investition in Atomwaffen drückt kein Interesse an der Zukunft aus, sondern ist eine Investition in vermeidbares humanitäres Leid.



Aino Ritva Weyers ist Medizinstudierende im 10. Semester und Vorstandsmitglied von ICAN Deutschland und IPPNW-Mitglied.